

MÄRZ 2025

INHALT

Seminare

Neujahrsempfang des RDM
2025
..... Seite 1-3

Spitz auf Knopf – Kolumne von
Georg Gafron: Böses Erwachen
..... Seite 4

RDM fordert Ausweitung der
Mietpreisbremse auf Flücht-
lingsunterkünfte
..... Seite 4



Eberhard Diepgen, Stefan Evers und Markus Gruhn

Der RDM ist optimistisch ins neue Jahr 2025 gestartet

Zum 28. Mal beging der Ring Deutscher Makler Berlin und Brandenburg seinen Neujahrsempfang – diesmal am 14. Februar im schönsten Sterne-Restaurant Berlins im Hugos in der 14. Etage im Hotel Intercontinental.

Zahlreiche prominente Gäste waren wieder zu Gast darunter Berlins, Finanzsenator und Bürgermeister Stefan Evers, die ehemaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin Eberhard Diepgen und Michael Müller, die ehemaligen Bundesminister Dirk Niebel und Professor Rupert Scholz, die CDU-Legende Wolfgang Bosbach und zahlreiche andere prominente Gäste aus der Berliner Wirtschaft und Kultur. Unser Vorsitzender Markus Gruhn forderte in seiner Rede ausdrücklich von der neuen Bundesregierung, den Fokus auf den Neubau von Mietwohnungen zu legen. Dafür ist eine Sonder-AfA, wie wir sie Anfang der 1990er Jahre hatten, notwendig, um den dringend benötigten Mietwohnungsneubau in Großstädten anzukurbeln. Ferner forderte er eine Gesetzesänderung bei Flüchtlingsunterkünften, dass sie genauso wie Mietwohnungen unter den Mietpreisspiegel und die Mietpreisbremse fallen (siehe Pressemitteilung auf Seite 4).

Im Anschluss sprach Berlins Finanzsenator Stefan Evers zu den großen

Problemen des Berliner Haushalts und führte allen Anwesenden eindrucksvoll die schwierige Situation vor Augen.

Danach hatten wir die große Freude und Ehre von einem der wichtigsten Vertreter der katholischen Kirche in Berlin, Pater Dr. Gerald Tanye, den Segen für das neue Jahr zu erhalten. Denn schließlich ist an Gottes Segen alles gelegen.

Es gab dann ein fulminantes Essen vom Sternekoch Eberhard Lange und seinem Team. Zwischen den Gängen ergriff noch Wolfgang Bosbach das Wort und berichtete uns exklusiv vom derzeitigen Wahlkampf, den er zurzeit für die CDU führt. Einen Überraschungsgast gab es mit einem sehr nachdenklichen Vortrag zum Thema Zeitmanagement von der ntv-Legende Leo Busch. Alle 100 Gäste waren von der sehr inspirierenden Veranstaltung begeistert. Es stimmte halt wieder mal alles beim RDM: Sowohl der Veranstaltungsort über den Dächern Berlins war beeindruckend und natürlich auch das Essen vom Sternekoch war sensationell und die Vorträge waren kurzweilig und sehr interessant. Somit ist der Ring Deutscher Makler Berlin und Brandenburg gut gestärkt für das Jahr 2025 in diesen schwierigen und sehr ereignisreichen Zeiten.



IMPRESSUM

RDM KOMPAKT
Informationsbeilage des
Ring Deutscher Makler
Landesverband Berlin und Brandenburg e.V.
Potsdamer Straße 143
10783 Berlin
Telefon 030 / 213 20 89
Telefax 030 / 216 36 29
eMail: info@rdm-berlin-brandenburg.de

Chefredakteur (verantwortlich i.S.d.P.):
Markus Gruhn, Vorstandsvorsitzender





Wolfgang Bosbach und Markus Gruhn



RDM-Ehrenmitglieder Eberhard und Gaby Rick mit Roland Vogel und Dr. Barbara Luther



Armin Wizemann, Stephanie Bansemer, Manuela Brunst und Peter Bier



Dirk Niebel, Andrea Niebel und Markus Gruhn



Volker Bogel, Thomas Schlaak und Claudia Peter



Dieter Blümmel, Roland R. Vogel, Dr. Mandy Sendel und Dr. Pascal Blümmel





Markus Gruhn



Pater Dr. Gerald Tanye



Stefan Evers



Lothar und Karin Schuch



Axel Lipinski-Mießner, Heike Gürtler
und Gernot Freiherr von Wangenheim



Michael Müller und Markus Gruhn



Spitz auf Knopf **Kolumne von Georg Gafron**

MARKUS GRUHN
Immobilien

Mit freundlicher Unterstützung von
Markus Gruhn Immobilien e. Kfm.
Kaiserdamm 18, 14057 Berlin, Tel. 030-326 729 14
www.markusgruhnimmobilien.de

Foto: bluejayphoto/istock
Foto: Gafron, Wikipedia



Böses Erwachen

Eine richtige Überraschung waren die Ergebnisse der Bundestagswahl für niemanden. Fast monatelang im Vorhinein waren sie absehbar. Auch die möglichen Konstellationen möglicher Bündnisse lagen auf der Hand. Im Kern würde alles so weiter wursteln wie bisher. Nur der kometenhafte Aufstieg der AfD ließ einen Richtungswechsel in der Zukunft erahnen – von den einen als neuer Faschismus gefürchtet, von den anderen als Neuanfang herbeigesehnt.

Wenn es da nicht ein epochales, alles veränderndes Ereignis gäbe. Die kalte und harte Verabschiedung der USA von ihren europäischen Ziehkindern, verbunden mit einer Hinwendung zum einstigen russischen Erzfeind. Darüber wundern kann sich nur jemand, der die Entwicklung der letzten Jahrzehnte nicht aufmerksam verfolgt hat. Die USA waren für viele der ewig gütige beschützende Großvater geworden, über den man schmunzeln, ja sich sogar lustig machen konnte. Für die versammelte Linke war Trump der greise Westernheld, ein aus der Leinwand gefallener ungebildeter alter Zausel. In feineren Kreisen, manche nennen sie und sich selbst bürgerlich, zog man die Augenbrauen hoch und hielt an den feinen Tischen der Restaurants diesen kantigen Mann für schlicht „nicht ganz dicht“, selbst der derzeitige Bundespräsident Steinmeier beschimpfte ihn einst als „Hassprediger“ und der Kanzler in spe, Merz, verbat sich in völliger Selbstüberschätzung die neuen Töne aus Washington als Einmischung in deutsche Angelegenheiten. Nun ist das alles das gute Recht der Betroffenen! Doch wer die Suppe anrührt, muss sie dann freilich auch auslöffeln. Nach menschlichem Ermessen aller Fakten hat, um im Trump-Jargon zu bleiben, der Mann aus Übersee die schweren Colts in der Hand. Die USA wenden sich aus gutem Eigeninteresse und tief enttäuscht für die nach Helmut Kohl nicht mehr als zuverlässig geltenden Deutschen ab. Wer die Lippen spitzt, muss auch pfeifen können.

Jetzt kommt es darauf an, Europa in klarer Orientierung zusammenzuführen – mit den Russen ein Übereinkommen zu suchen –, und dieses in vieler Hinsicht schwer angeschlagene Deutschland im Eiltempo auf die Beine zu stellen. Ob Friedrich Merz das richtige Kaliber dafür ist, muss sich noch zeigen – Zweifel sind erlaubt! Bald schon könnte kein Weg mehr an Bündnissen mit der AfD vorbeiführen.

Plötzlich könnten viele staunen, welche ungeahnte Übereinstimmung die durch starke Wählerstimmen fundierte AfD, das Trump-Amerika und Putin in ihrer Abwehr des linken „Woke-Europa“ aufweisen. Die scharfe Kritik des amerikanischen Vizepräsidenten Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz gab einen Vorgeschmack auf künftige Konflikte. Schon die laufenden Koalitionsgespräche werden zeigen, ob die dramatischen Zeichen der Zeit verstanden wurden. „Ami go home“, so blökten immer wieder neue Horden von Linken in geschichtsloser Dummheit auf unseren Straßen und Uni-Campussen. Ihr Traum von Glück geht in Erfüllung – gute Reise.

RDM fordert Ausweitung der Mietpreisbremse auf Flüchtlingsunterkünfte

Der Ring Deutscher Makler (RDM) Landesverband Berlin und Brandenburg e.V. fordert eine Anpassung der Mietpreisbremse, um überhöhte Mieten für Flüchtlingsunterkünfte zu verhindern.

„Es gibt einige wenige Akteure der Immobilienwirtschaft, die mit leerstehenden Spekulationsobjekten durch Umwandlung in Flüchtlingsunterkünfte die Not der Kommunen ausnutzen und Mieten von weit über 20 Euro pro Quadratmeter verlangen. Das ist moralisch nicht vertretbar und schadet unserer Branche massiv“, erklärte RDM-Vorstandsvorsitzender Markus Gruhn beim traditionellen Neujahrsempfang des Verbandes am 14. Februar 2025.

Der RDM kritisiert, dass diese Mietverträge bislang dem Gewerbemietrecht unterfallen und damit der Mietpreisbremse entzogen sind. Um diese Praxis zu beenden, schlägt der Verband eine gezielte Änderung der §§ 549 und 556d BGB vor, damit der Mietpreisspiegel auch für Flüchtlingsunterkünfte gilt. Zudem fordert Gruhn eine Begrenzung der Mietverträge auf fünf Jahre: „Es ist für den Berliner Senat nicht ratsam, neue Flüchtlingsunterkünfte mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren anzumieten. Der Senat sollte sich darauf einstellen, dass diese Unterkünfte in spätestens fünf Jahren nicht mehr benötigt werden.“

„Nicht alles, was zurzeit rechtlich zulässig ist, ist auch moralisch vertretbar“, so Gruhn weiter. „Versicherungsunternehmen, Versorgungswerke, Immobilienfonds und auch Banken kaufen schon lange keine Immobilien mit derartigen Wuchermieten wie bei Flüchtlingsunterkünften an, weil sie es moralisch und wirtschaftlich für nicht vertretbar halten. Der Berliner Senat und seine Immobiliengesellschaften sollten dies auch nicht tun, weil der Wert dieser Immobilien in keiner Weise nachhaltig ist.“

Der RDM Berlin fordert die Politik auf, eine entsprechende Gesetzesänderung in die Wege zu leiten und sicherzustellen, dass Flüchtlingsunterkünfte nicht länger als Schlupfloch für überhöhte Mietforderungen genutzt werden.

Den Artikel „Die Anwendung der Mietpreisbremse auf Flüchtlingsunterkünfte: Ein Reformvorschlag“ von Rechtsanwalt Axel Lipinski-Mießner, finden Sie auf unserer Homepage.

